

Datum: September 2000
Titel: Der Stein des Anstoßes
Veranstaltung: Österreich im Europa-Diskurs
Thesepapier von Univ. Prof. Dr. Thomas A. Bauer

Österreichs politische Akteure haben mit dem Entschluss, eine Partei in der Regierungskoalition zu beteiligen, die nicht nur in zufälligen Ausritten, sondern sehr wohl in Verbindung mit den Strategien ihrer Selbstdarstellung wie auch in der Operationalisierung ihrer politischen Ideenwelt auf nationalphobistischen Ressentiments und xenophoben Populismus baut, einen Schritt gesetzt, der in den Medien und in den politischen Schaltzentren Europas ziemliche Irritation auslöste. Die europäische Aufmerksamkeit wurde nicht erst und nicht nur durch die Slogans in der Vorbereitung auf die Parlamentswahlen im Oktober 1999 (z.B. "Stopp der Überfremdung") mobilisiert, sondern auch schon durch die populistischen Ambitionen der Freiheitlichen Partei vor dieser Wahl und durch die argumentativen und rhetorischen Anleihen des Obmannes dieser Partei aus dem nationalsozialistischen Sprachgut. Der europäische Aufschrei war heftig: vierzehn Staaten fanden über ein Wochenende zu einer gemeinsamen Erklärung, in der sie ihrer Irritation über den Weg Österreichs offen darlegten. Mit dieser Erklärung wurde eine Form der öffentlichen Ächtung verbunden, die, wenn auch wegen des Verzichts auf Anhörung Österreichs anfechtbar, ihre Wirkung nicht verfehlte. Sie hat einen europaweiten, zum Teil sogar weltweiten Diskurs ausgelöst, der schon längst hätte in Gang gesetzt hätte werden müssen.

Eine heilsame – wenn auch nun schwierig zu Ende zu bringende - Irritation, wie man mit freiem Auge schon bald feststellen konnte. Heilsam, weil mit der unter den 14 konsentrierten Reaktion offiziöser Unfreundlichkeit und Distanz, mit der sich Österreich nicht abfinden wollte, eine Kettenreaktion von Aufmerksamkeit, Gegenaufmerksamkeit und Bedenken in Gang gekommen ist, die sich nicht mehr nur auf Österreich beschränkte, sondern alle Nationen Europas vor den Spiegel der Lauterkeit des historischen sowie gegenwärtigen Umgangs mit Menschenrechten im Zusammenhang mit der Maximierung politischer Zustimmung stellt. In einer über diesen Weg etwas aufgeschreckten, vor allem aber sensibilisierten Umwelt entsteht die Haltung gegenseitiger diskursiver Kontrolle und so vermehren sich nun auch die wechselseitigen Aufrufe zur Zivilcourage, Sünden wider den Menschen und die Gesellschaft offen zu legen und das pathogene Potential des nationalen und autistischen Geistes einzugestehen. So passierte es, dass – zum Beispiel - in die Analyse der in deutschen, französischen, belgischen oder spanischen Medien für typisch österreichisch gehaltenen Verschleppung einer ehrlichen und offenen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit (Stichwort Opferthese) Wertungen eingemischt wurden, die schnell zu weltweiten Stereotypisierungen führte: Österreich sei immer noch antisemitisch, latent nationalsozialistisch, ausländerfeindlich, xenophob, rassistisch. Man sparte nicht mit Bezügen zur „typisch österreichischen Mentalität“, wusste sie aus der langen Geschichte zu argumentieren und fand schließlich auch genug Hinweise, um diese Vermutungen mit aktuellen Daten zu versehen.

Diese weltweit (auch ziemlich stereotyp und wenig recherchiert) , vor allem aber europäisch medial konkordierte Analyse hat da und dort, vor allem aber in Österreich auch zu der Frage geführt, wie es denn in anderen Ländern aussehe und welche Bewusstseinslage Sprechern aus anderen Ländern die Legitimation zu solchen Analysen gäbe. Die Diskussion hat auch die erfasst, die sie losgetreten hatten. Eine heilsame Kette.

ÖSTERREICH-ANALYSE IN DEN MEDIEN

In manchen österreichischen Medien wurde man mit der boulevardesken Klage konfrontiert, dass alles halb so schlimm gekommen wäre, wenn es da nicht so viele Nestbeschmutzer bei Medienunternehmen, Herausgebern oder Redakteuren gäbe, die sich aus notorischer Unterwerfung der ausländischen Argumentation anschließen und so etwas wie eine österreichische Krise herbei geschrieben. Auf eine solche Interpretation der Lage muss man nicht gesondert eingehen, sie diskreditiert sich von selbst im Sinne dessen, was bisher schon zum Thema Vergessen und Verdrängen gesagt wurde.

In anderen, seriösen - darunter auch österreichischen - Medien wurde schon auch die Frage aufgeworfen, was denn die Medien, insbesondere die mit öffentlich-rechtlichem Auftrag, in der Aufarbeitung der Vergangenheit bzw. in der Entwicklung eines integrationsfähigen Europadiskurses zu leisten gehabt oder zu leisten versäumt hätten. Die Hoffnung, dass hier Medien mit dem Auftrag zur Produktion öffentlicher Güter, mit der Verpflichtung zu journalistischer Sorgfalt und zu Werten wie Objektivität und Ausgewogenheit ihren Beitrag dazu zu liefern hätten, kann leichter erfüllt werden oder hätte leichter erfüllt werden können, wenn Medienunternehmen - noch dazu wo sie - wie im Beispiel des ORF lange Zeit das Programmmonopol innehatten - wenn solche Unternehmen journalistischer Courage Motivation gäben oder gegeben hätten.

Im Zusammenhang dieser diagnostischen Analyse muss man festhalten, dass es objektiv unrichtig ist zu behaupten, Österreich hätte sich nicht mit seiner NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Die Tatsache, dass die ersten Naziverfolgungsprozesse im Laufe der Nachkriegsgeschichte unter den Bedingungen der Besatzung und dann unter denen des Wiederaufbaus schnell versandet sind und dann aus anderen, komplexeren Gründen nicht mehr aufgegriffen wurden, wird in vielen Beiträgen zur Geschichte ausführlich dargestellt (1).

Die nationalsozialistische Schadensbilanz war erschreckend genug, so dass nach dem Niederbruch dieses totalitären Systems auch der Aufschrei des befreiten Schreckens laut genug erfolgt ist. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges wurden Maßnahmen gesetzt, die sehr wohl sehr eindeutig als Distanzierungsarbeit wie auch als Sühnearbeit zu werten sind: Entnazifizierungsverfahren, Strafgerichtsverfahren, Arbeitsplatzverluste oder Pensionsverluste für Nazikollaborateure haben schnell und wirksam eingesetzt. Ebenso zeugen die Lehrpläne, Theaterprogramme, Rundfunkprogramme und Literatur von den Bemühungen um die Aufarbeitung und Bewältigung von Erfahrung und Einstellung. Es fehlt nicht an der Quantität, es mangelt möglicherweise an der mentalen

Qualität dieser Erinnerungsarbeit (2). Ein typisches Beispiel dafür ist die lange in den Vordergrund der wehleidigen Argumentation geschobene Opferthese. Nicht dass man nicht die Fakten dargestellt hätte, aber die subjektive Einstellung, aus der die kollektive oder persönliche Beziehung zu diesen erschreckenden Fakten definiert wurde, verleitete mitunter zu einer Umdeutung oder auch Verharmlosung der objektiv schrecklichen Vergangenheit (zuletzt öffentlich geliefertes Beispiel: "Straflager" statt Konzentrationslager). Es hat in jedem Falle auch zu der mehr als befremdlichen Haltung gegenüber den wahren Opfern dieses Regimes und zu sehr zögerlicher Entschädigung der eigentlich um das Leben, das Recht, den Besitz und die Freiheit Betrogenen geführt.

Dieser Opfer-Täter-Streit ist nun , wie viele Analysen behaupten, ausgefochten. Die österreichische Beteiligung an der NS-Grausamkeit ist öffentlich eingestanden und politisch bereut. Die Bereitschaft zur Mythologisierung, Ideologisierung, Popularisierung und mentaler wie rhetorischer Reproduktion ist damit aber noch lange nicht ausgeräumt. Wie die Medien - nun zum Glück dafür auch mehr sensibilisiert - vermehrt berichten, ist in ganz Europa eine Renaissance der rechtsradikalen Symbolik, der rassistischen Agitation und der aggressiven politischen Performance wahrzunehmen. Offenbar stimulieren schwierige und als frustrierend empfundene reale Verhältnisse nicht nur die Bewusstseinslage, sondern auch die Handlungsbereitschaft zur Wiederbelebung solcher Muster. Jetzt liegt es auch daran, vor allem die medialen Diskurse in dieser Thematik nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch kritisch auf die Gegenwart und in die Zukunft zu richten. Rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen werden immer wieder zu Moden des Widerstands, der Rebellion und der Aggression gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen stilisiert, die - aus welchen Gründen auch immer - besonders Jugendliche frustrieren. Daher richtet sich gerade auf die Medien die Erwartung, mehr zu tun als nur die neofaschistischen Umtriebe zum Objekt sich öffentlich brüskierende Konversation zu machen. Die Medienarbeit muss sich mehr ihrer Mediationsleistung besinnen und nicht nur über die negativen Effekte neofaschistischer Aktivitäten berichten, sondern auch zwischen den Lebenskulturen der unterschiedlichsten Gruppen verständigen Austausch und kritisches Interesse mobilisieren.

Selbst wenn man den Einfluss der Medien relational sehen muss und ihn eigentlich nur bemessen kann in Verbindung zu den diskursiven Kontexte des öffentlichen und privaten Lebens, so muss man dem Mediendiskurs in politischen Handlungszusammenhängen doch eine Thematisierungskompetenz unterstellen, die alle anderen institutionell-pädagogischen Diskurse in die zweite Reihe stellt. Denn Schulen und Bildungsanstalten können sich nicht wirklich frei machen von dem pädagogischen Gestus, der jede auf das Bewusstsein abstellende Kommunikation verdächtig macht, dem System dienen zu wollen. Medien vermitteln andere Texte und sind in diesem Sinne weniger verdächtig. Insofern bleibt meine Hoffnung den Medien.

Will man die Lehre aus diesem nun (September 2000) ja formell abgeschlossenen Prozess zwischen Österreich und dem "Europa der 14" ziehen, dann ist es zunächst einmal ratsam, sich in die Aussagen zu vertiefen, die im Gesamt dieser medialen Kommentierung der österreichischen Situation hinter den detailpolitischen Themen (wie

ZB: das Psychogramm von Wolfgang Schüssel oder das von Jörg Haider) das eigentliche Thema ausmachen. In den meisten Analysen (3) dieses Themas war man sich in mindestens vier Punkten (Vergessen, Verdrängen, Schmerzvermeidung, Wertegemeinschaft) einig. Und diese Einschätzung ist es, die es im einzelnen zu bedenken gilt.

(6) Vergessen und Verdrängen

In der Einschätzung und aus dem Blickwinkel anderer Länder, und damit anderer politischer Kulturen, offenbart sich ein österreichisches Spezifikum des Verschweigens und der Kultur des Vergessens gegenüber historischen Fakten, die für eine ideologisch irre gewordene Politik stehen und für eine Praxis, die das systematische Verbrechen an Minderheiten durch selbstbezogene Heilsmaßnahmen legitimiert. Vergessen und Verdrängen sind in dem Land, in dem Sigmund Freud seine Beobachtungen begrifflich gemacht hat, offenbar gewissermaßen unter diskursivem Kulturschutz. Man redet nicht. Und wenn man – wie international passiert - zur Rede gestellt wird, gibt man sich trotzig und verteidigt das verschwiegene und zugleich verlogene Gut mit Schutzargumenten. Die auch in dieser Schutzhaltung überlebende Ideologisierung des Gehorsams - „Ich habe nur meine Pflicht getan“ - ist in diesem Zusammenhang das eigentlich problematische Spezifikum einer Mentalität, für die man sich öffentlicher österreichischer Belohnung lange sicher sein konnte. Auch Kurt Waldheim, der sich 1986 zur Wahl des Bundespräsidenten stellte und die damals wahlwerbende ÖVP mussten wissen, dass er man dieser argumentativen Verschleierung in Österreich einen kollektiven Komplex auslösen kann, der einerseits das persönliche Unschuldsbedauern das Argument der kollektiven Unschuld schützt und andererseits die Aggressive Abwehr gegen moralische Zurufe von außen mobilisiert. Nicht nur die internationalen Reaktionen auf die so genannte Waldheim-Affäre 1986 (4), sondern auch die internationale Entrüstung in der Folge der FPÖ-Beteiligung im Kabinett Schüssel (Februar 2000) haben in Österreich solche - auch medial verschnittene - Diskurse wachgerufen, die sich die Einmischungen von außen verbot, die diese Einmischungen mit Hinweis auf objektiv bestehende Eigeninteressen anderer in anderen Ländern in gewohnt österreichischem Ohnmachtskomplex als arrogant und als selbstherrliche Unfreundlichkeit eines Großen gegenüber dem Kleinen abtat. In einem solchen Diskurs überlebt eine konservative und regressive Grundhaltung recht gut und gibt sich so wieder einmal das Recht einer Jetzt-erst-recht-Offensive. Und fürs Erste ist der Zustand wieder einmal gewahrt, der Konflikt ausgelagert oder gar dematerialisiert. Die Leidenschaft ist befriedigt, die Leidensattitüde selbst allerdings chronifiziert, weil sie die objektive Kränkung subjektiv und persönlich verinnerlicht und – wieder - verdrängt. So oder so ähnlich funktioniert die Pathologie des autistischen Komplexes als national- konservativer Kulturschutz. Übrigens - und mit Verlaub gesagt - nicht nur in Österreich.

Über den pathologischen Schweregrad solcher chronifizierter Leidenshaltungen läßt sich natürlich streiten wie genauso über die Frage, was die zu erhaltende psychische Substanz mehr schützt: das Prinzip der Offenheit oder das Prinzip der Verslossenheit. In allen ernst zunehmenden individual- und soziotherapeutischen Konzepten wird open-

mindedness als eine kathartische Methode geschätzt, die die Selbstkompetenz eines individuellen oder sozialen Körpers mobilisiert, während closed-mindedness als eine Einstellung eingestuft wird, die die psychischen und sozialen Bedingungen der Selbstkompetenz zunehmend zerstört. Man weiß, dass bei zunehmender Chronifizierung geschlossener Haltungen autistische Muster entstehen, die zunehmend bei schon geringeren Belastungen und Auslösern in zunehmender Frequenz und mit zunehmend gesteigerter Lautstärke akut werden. Dass unter solchen Bedingungen auch der freie Blick auf sich selbst und auf Nachbarn immer trüber wird und die Freude an der endogenen Verschiedenheit der Angst vor inneren – und noch dazu von außen festgestellten - Widersprüchen weicht, soll einen nicht wundern.

Gesellschaftliche Gedächtnisarbeit findet sich immer zwischen Politik und Kultur. Sie ist der Versuch gesellschaftlicher und zeitrelevanter Erinnerung. Sie braucht die Hilfen und Stützen der Institutionen aus Politik, Bildung, Medien und Kultur. Der Begriff "Gedächtnis", der in letzter Zeit vermehrt in der kulturwissenschaftlichen Analyse Platz findet, ist in sich mehrdeutig. Denn in ihm sind sowohl die Banalisierungsstrategien des Erinnerens möglich wie auch die kritische Intervention im Sinne der Aufklärung. Gerade vor dem Hintergrund der schon geschilderten Lage in Österreich scheint es wichtig zu sein, das Gedächtnis-Paradigma theoretisch und methodisch so zu bestimmen, dass damit auch die Frage der gegenwärtigen Bedeutung gesellschaftlicher Erinnerungsarbeit vor dem Hintergrund einer der mitunter auch modisch gebenden Neuorientierung von Gedächtnispolitik. In dem selben Maße wie die Erinnerung an die in Österreich lange verdrängte Geschichte der grauenhaften Vernichtung von Juden nun durch (zum Beispiel durch Denkmäler in Wien: Albertina-Platz, Judenplatz) öffentlich objektiviert wird, wird sie auch populär und verkommt zu politisch verwertbarem Ritual. Jüngstes Beispiel dazu ist die Präambel zur Regierungserklärung der ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung im Februar 2000.

(7) Kritisches Milieu

Aus einem solchen - kulturpathologisch vermutlich erklärbaren - Schmerzvermeidungsverhalten kann weder ein Individuum, noch weniger ein Kollektiv, seine ideologische und mentale Innenwelt ausreichend durchlüften und daher seine Selbstkompetenz nicht mehr nach außen glaubwürdig machen. Das mag dann andere, Nachbarn, Verbündete und Anspruchsgruppen, wenn auch vielleicht mit sachfremden Motiven durchsetzt – zu besserwisserischem Gestus und zu pädagogisch gemeinten Sanktionen animieren. Selbst wenn man einen solchen Gestus umgekehrt wieder als Ausdruck eines Helfersyndroms werten könnte, so steht doch dahinter die Sorge, dass sich in diesem der Hilfe des Stärkeren bedürftigen Körper vielleicht nicht genügend Immuns substanz bildet, die es vor allem braucht, wenn Organe - um einen sprechenden Terminus aus der Zellbiologie zu entnehmen - mehr Freie Radikale, oder das vegetative System des sozialen Körpers objektive Schwächesyndrome entwickeln. Es wird immer wieder Akteure geben, die entweder, durch die Politik verführt, pathologische Ausbrüche der Person produzieren, oder die, durch ihre Persönlichkeit verführt, das pathogene Potential der Politik mobilisieren. Das Milieu, in dem solch pathomorphe

Anlagen akut werden oder gedeihen, heißt Krise. Solche Krisen können bei Individuen wie bei Sozietäten sowohl strukturell wie auch funktional verankert sein. Sie kommen, wie sie gehen und gehen wie sie kommen. Sie wechseln gerne im Zyklus ihres Daseins zwischen Latenzphasen und manifester Erscheinung wie sie sich mitunter auch im Wechselspiel ihres Charakters zwischen depressiv-regressiver und manisch-aggressiver Performance üben.

Prozesse des Vergessens und Verdrängens sind die Kehrseite der Vergangenheitsglorifizierung oder der Neigung zu nostalgischem Erinnerungsoptimismus, so wie sie gar nicht so paradoxerweise auch eine Funktion der Zukunftsangst sind. Haltungen des Vergessens und Verdrängens gedeihen vermutlich in einem depressiv-regressiven Klima besser gedeihen, sie sind nicht nur eine Bedrohung für die äußere oder innere Hygiene einer Sozietät, sie schwächen vielmehr das Immunsystem, so dass bei objektivem Bedarf von Aufmerksamkeit und Kontrolle nicht einmal mehr der körperliche Aufschrei in Form von Fieber oder Schmerz auftritt. Die Krise wird chronifiziert und so zur potentiell chronischen Krankheit, die in diesem Prozess im Zustand der Gewohnheit ruhig gestellt und funktional domestiziert wird.

(6) Ohnmachts - und Machtkomplexe

Und wenn es so wäre, dass nun durch die EU14 gegenüber Österreich Österreich selbst das Objekt solcher autistisch motivierter Attitüden, der selbstherrlich motivierten Missachtung oder das Objekt einer aus dem Machtkomplex (was nicht weniger problematisch wäre als der Ohnmachtkomplex) legitimierten Unfreundlichkeit geworden wäre, dann wäre dies ein Ausdruck und eine ebenso alarmierende Bestätigung dafür, dass in allen europäischen Gesellschaften die nationalistische und autistische Infektion noch lange nicht ausgeheilt ist und dass in diesem Sinne das Projekt Europa mit einer historisch-genetisch verankerten Autoimmunschwäche zu rechnen hat, die so lange der therapeutischen Immunkontrolle bedarf, bis der europäische Körper selbst genügend Immunkompetenz aufzuweisen in der Lage ist.

III WERTEGEMEINSCHAFT

Das Hauptargument in der Diskussion um die Rolle Österreichs in Europa nach der Regierungsbildung im Februar 2000 war und ist ein Begriff, der bis dato nicht oder im Umfeld der Amsterdamer Verträge noch relativ unbedacht verwendet wurde, der aber nun im Rahmen der Pro- und Contra-Argumentation bedacht werden muss: die europäische Wertegemeinschaft. Dem distanzierten Analytiker wird die killende Frage vielleicht verziehen: Sind dies Werte, die aus der Gemeinschaft entstehen, oder sind dies Werte, durch die Einzelbausteine moralisch gebunden sind, sich als Teil eines gemeinschaftlichen Gefüges zu deklarieren? Ganz zu schweigen davon, dass noch offen ist, welche Werte damit gemeint sind. Wenn man sich aber nicht dümmer stellt als der Gewinn von Erfahrung erlaubt, dann weiß man intuitiv, dass es sich um Werte handelt, die aus der Gemeinschaft für die Gemeinschaft in gemeinschaftlichem Verfahren

konsentiert werden und begrifflich so destilliert und kodifiziert werden müssen, dass sie als soziopolitisches Reglement das kulturelle Gedächtnis um Ideen anreichert und insbesondere in Zeiten der Problematisierung von Grundlagen des gegenseitigen und wechselseitigen Verstehens – ohne weitere Begründung – und das heißt: auch als Sanktion – eingesetzt werden können.

Wenn sonst nichts, so macht diese begriffliche Wendung zur Beschreibung der identitätsstiftenden Kohäsion der jetzt 15 und später vermutlich 30 Länder in Europa doch einen wichtigen Schritt in der Selbstbeschreibung der Europäischen Union deutlich: Die argumentative Verwendung des Begriffs der Wertegemeinschaft ist ein Schritt der Vertiefung und der Intensivierung des Zusammenhalts, ein Versuch, aus vormaligen Grenzen Nahtstellen zu machen, und die Absicht, im jeweils Anderen auch das Eigene erkennen zu wollen – und dies nicht als Verlust des Eigenen, sondern als Gewinn der inneren Vielfalt und als Grund des subjektiven Wohlbefindens zu werten.

Man kann vermuten, dass man Österreich mit diesem Begriff auf dem falschen Fuß erwischt hat. Der linke Fuß, mit dem Österreich im Oktober 1996 in den europäischen Morgen gestiegen ist, war der Fuß des Kalküls der Maximierung von Bequemlichkeit. Das hat man ja auch in nahezu propagandistischer Weise der österreichischen Bevölkerung vor dem Referendum vorgelegt und vorgerechnet: „da wird es uns besser gehen, da werden die Lebenshaltungen günstiger, da können wir uns sicherer fühlen etc.“ Den Unsicherheiten und Ungewissheiten, den Ängsten und Widersprüchen, dem diffusen Wunsch nach Eigenheit hat man keine öffentliche Sprache gegeben. Der Dialog fand nicht statt, die politische PR-Maschinerie hat jeden Zweifel "niedergebügelt". Soll es einen wundern, wenn dann Menschen aus dem Begriff Europa nichts anderes machen als das Kalkül lebenspraktischer Verbesserungen? Soll es einen dann wundern, wenn bei der ersten Enttäuschung schon die Bereitschaft entsteht, den Gedanken wieder aufzugeben oder das eine Kalkül durch ein anderes zu ersetzen?

Mit intuitiver Sicherheit ist mit dem Bemühen des Begriffes „Wertegemeinschaft“ der Nerv getroffen worden. Wenn es jemals zuvor schon Vorstellungen von einem europäischen Gebilde gegeben hat, dann war es die Agglomeration von Ländern, Regionen, Kulturen, die durch Streit oder Versöhnung in Bezug auf soziale und politische Werte – nicht selten mit der mythisierenden Formel vom „Christlichen Abendland“ besetzt – im Füreinander oder im Gegeneinander ein Modell der sozialen und kulturellen Affinität bemüht und in Ansätzen auch realisiert hat.

Mit ziemlicher Sicherheit ist nun aus der Verlegenheit ein Begriff entstanden, der in demselben Maße aus der Tiefe der Geschichte schöpft wie er auch utopische Horizonte der europäischen Zukunft ansprechen möchte. Nun gibt diese Verlegenheit Gelegenheit alte Konstruktionen mit neuem Sinn zu beleben. Das geht nicht ohne die Arbeit der inhaltlichen Hermeneutik. Wenn dieser Begriff der Wertegemeinschaft nicht eine leere Worthülse bleiben soll, sondern als Code für Zusammengehörigkeit, gegenseitige Aufmerksamkeit, Einbringen individueller Differenz und Singularität dienen soll, dann braucht es nun mehr als den Diskurs, der nur Wissen verteilt, dann braucht es den Dialog, der Wissen zu Wissen fügt und der den Spruch mit dem Widerspruch konfrontiert.

IV EUROPA im GESPRÄCH

Kommunikation ist tatsächlich die einzige Ressource, aus der politische und gesellschaftliche Zusammenhalte Sinn haben oder Sinn machen. Macht wäre eine Ressource, soziale Zusammenhalte politisch durchzusetzen, dialogische Kommunikation ist die Ressource, politischen Zusammenhalten sozialen und subjektiven Sinn zu geben. Mit ihr hat man aber keinen Mechanismus zur strategischen Herstellung von Übereinstimmung zur Hand. Mit ihr lässt man sich ein auf Differenz, auf Unterscheidung, auf Zweifel und Krise. Kommunikation ist die einzige Ressource der Überraschung – und nur deshalb ist sie der Weg zu Erkenntnis und Bewusstsein.

Die Regel dialogischer Kommunikation ist, Regeln in Frage zu stellen und sie laufend in konsentierter Veränderung am Leben zu erhalten. So produziert sie die Überraschung, das Nicht-Erwartete, das Nicht-Gewusste, weil schon die nächste auf die eine folgende Kommunikation, selbst wenn sie eine Wiederholung wäre, eben keine simple Wiederholung ist, sondern ein neuer Verständigungsvorgang über schon oder noch nicht Verstandenes. Denn jede Wiederholung ist die Aussage unter schon wieder neuen Bedingungen der Zeit, der sozialen Konstellation und der Verständigungsabsicht. Kommunikation ist ein Vorgang, der singular bleibt. Es gibt also keine Gelegenheit, Kommunikationsvorgänge durch Regeln festzuhalten, um beabsichtigte Ergebnisse zu erzielen. „Alle Ordnungsbilder der Erkenntnis sind eine Zeichnung im Sand, die schon die nächste Welle auslöscht“ formuliert Rüdiger Safranski (5) in seiner kritischen Auseinandersetzung mit Martin Heidegger. So kann der Dialog, soll er Wahrheit produzieren, auch nicht erzwungen oder ertrötet und auch nicht mit Drohgebärden durchgesetzt werden. Er entsteht nur im Verfahren wechselseitig vermittelter Empathie, gegenseitig versicherter Aufmerksamkeit und im Prinzip der Öffentlichkeit.

Das neue Europa entsteht im Vergleich zu den älteren und schon versuchten Modellen unter gänzlich anderen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Es ist nicht ein Gebäude politischer Eliten, sondern eine Baustelle der politischen und demokratisch ermessenen Vernunft, der praktischen Reflexion von Geschichte, des Lernens aus Erfahrung und der Konstruktion von Gemeinsamkeit aus kulturell unterschiedlich generiertem Material des Denkens und der Beschaffenheit von Sinn. Das neue Europa besteht als Sinn- und Bedeutungszusammenhang, der griffig wird in der Repräsentation symbolischer Politik. Die politischen Akteure sowie die mittlerweile geschaffenen Institutionen sind und können nichts anderes sein als Dispositive jener Diskurse, in denen sich eben die Autogenese Europas abbildet. In diesem Sinne ist Europa in erster Linie eine virtuelle Größe, ein Konstrukt, das in Inhalt und Gestalt vom Prinzip seiner kommunikativen Vermitteltheit lebt. Verträge, an denen sich dieser autogenetische Prozess den Charakter fester Bleibe bildet, sind ein politisches und kulturelles Archiv. Aber nicht mehr. Da kann man noch so viel verschriftlichen. Die Macht der Schrift hat ein Ende, wo – nun vor allem durch die Expansion des Netzes vervielfacht und beschleunigt – die potentielle Krise und Schwäche der Linearität offenkundig wurde

IX ÖSTERREICH IM EUROBAROMETER

Zurück zu den Ausgangsüberlegungen: Was macht die Schwierigkeit des Verhältnisses zwischen Österreich und Europa aus? Es sind die üblichen Schwierigkeiten nichtverarbeiteter Kulturunterschiede. Oder positiver formuliert: es handelt sich um die Schwierigkeit der transkulturellen Kommunikation zwischen den Ländern Europas in einem demokratisch verfassten Europa. Da gibt es hegemoniale Debatten, die noch nicht ausgestritten sind. Österreich ist dafür nichts anderes als ein sprechendes Beispiel. Es hat vermutlich mutatis mutandis sozialklimatische Ausgangsbedingungen wie andere Länder auch. Dennoch stechen im Zusammenhang unserer Thematik (Österreich im Verhältnis zu Europa) zwei Merkmale hervor, die zuletzt von einer Studie zum Wertewandel der ÖsterreicherInnen 1990 - 2000 (5) vielleicht methodisch etwas vereinfachend, aber doch deutlich genug herausgefiltert wurden:

- Der Konflikt zwischen Ich-Interessen und Gemeinschaftsinteressen, zwischen dem eigenen Vorankommen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist in Österreich relativ radikal. Die Priorität der Gemeinschaft (mindestens als sozialer Hintergrund für das eigene Ego) ist in manchen relevanten Fragen moralisch noch lange nicht selbstverständlich. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft kündigt sich deutlich an.
- Das vorherrschende Demokratieverständnis ist auffallend diffus. Sowohl die Methodik (Legitimation) der Demokratie, noch mehr aber Demokratie als Inhalt (z.B. >Das Fremde, der Konflikt, die Auseinandersetzung) wird in Österreich mehrheitlich skeptisch eingeschätzt. Das Vertrauen auf eine starke Hand, auf eine autokratische Führung korreliert mit einem weitaus größeren Vertrauen in die Polizei als dieses dem Parlament oder der Regierung gegenüber erbracht wird..

Diese Befunde können vielleicht erklären, was man - auch aus der Perspektive des Auslands gesehen - mitunter als so "österreichisch" und für den europäischen Dialog so sperrig finden mag. Österreich klammert man sich gerne an Institutionen. Man fürchtet - vielleicht schneller in anderen Kulturen - den Verlust des Vorteils oder einmal erworbener Rechte. Die Skepsis, von Stärkeren übervorteilt zu werden, verfestigt die Inferioritätsperspektive und umgekehrt. Dies mag eine Rolle gespielt haben, warum der Modus und der Stil, wie die 14 Länder Europas auf die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei reagiert haben oder in späteren Argumentationen auf Österreichs Fragen, wann denn die "Sanktionen aufgelöst" würden, repliziert haben (man denke an die als hochnäsiger eingestufteten Aussagen deutscher Regierungsmitglieder), in Österreichs Publizistik bedeutend mehr Aufschrei ausgelöst haben als der Inhalt dieser Maßnahmen selbst.

Österreichs Medien haben auf die lautstarke Entrüstung in Europa reagiert. Schnell und anders als bisher. Sowohl in den Programmen des Österreichischen Rundfunks wie auch in den Chronik- und Kommentarspalten der Printmedien fanden sich vermehrt Auseinandersetzungen über den Modus, den man sich in Österreich zurechtgelegt hatte, um die jüngere und zeitgeschichtliche Vergangenheit aufzuarbeiten. Die diplomatischen Unfreundlichkeiten unter Freunden oder Nachbarn mobilisierten zum Glück nicht nur den Reflex der Zurückweisung, sondern auch die Reflexion über verbindliche Werte unter

Freunden und Nachbarn, über das Vergangene in der Gegenwart und über das Fremde im Eigenen.

Nicht unbehelligt blieb von diesem Vorgang das kollektive Empfinden der Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf Europa. Lange Zeit konnte die Reaktion der EU 14 auf die FPÖ-Beteiligung in der Regierungskoalition dem Stimmungsbarometer nichts anhaben. Im Gegenteil. Die ersten und auch weitere Umfragen nach dem Ereignis nützen die befragten Österreicherinnen und Österreicher, um ihre Erst-jetzt-recht- Pro-Europa-Haltung zum Ausdruck zu bringen. Die lange hinhaltende, lange anhaltende und vor allem in widersprüchlichen Aussagen "geshowte" Gelassenheit in Bezug auf die Aufhebung der sog. Sanktionen und die unwirschen Äußerungen, die von Schröder, Fischer, Chirac oder Michel zur Frage einer möglichen „Exit-Strategie“ in den Medien sichtbar wurde, hat auf lange Frist doch erhebliche Einbrüche im generellen Europaempfinden der Österreicher nach sich gezogen.

So bekennen sich auf die Frage, ob es eine gute Sache sei, dass Österreich ein Mitglied der Europäischen Union sei, im Eurobarometer 53 (6), veröffentlicht im Juli 2000, nur 33 % der Österreicher mit einem Ja, was im Vergleich zum Eurobarometer 52, das im Zeitraum von Oktober und November 99 erfragt wurde, einem Minus von 9 % entspricht. Nur Irland hat ein ähnlich hohes Minus in dem selben Zeitraum zu verzeichnen, allerdings von einem ganz anderen Sockel aus, nämlich von vormals 75%. Mit 33% Zustimmung in dieser Frage liegt nun Österreich weit unter dem EU-Durchschnitt von 49% und wird von Schweden mit 34% gefolgt. Auf die Frage, ob Österreicherinnen und Österreicher aus der Mitgliedschaft einen Vorteil ziehen könnten, sank die Zustimmungsbereitschaft von vormals (Eurobarometer 52) 45% gar um ganze 11% auf nur mehr 34%.

Selbstverständlich haben diese Werte relative Aussagekraft, weil sie immer mit wechselnden Themen und subjektiven Wunschobjekten verbunden und argumentiert werden. In einem politischen Klima aber, in dem pragmatischer Populismus eine regierungsbeteiligte Rolle spielt, sollte man solche Ergebnisse nicht unbedacht lassen. Immerhin hat ein gutes Drittel der österreichischen Wähler, das im Oktober 1999 sich für die Freiheitliche Partei entschieden hat, mit in Kauf genommen, dass diese Partei ihr Programm mit fremdenfeindlichen Parolen durchsetzt. Im Umfeld dieser politischen Rhetorik tut sich dann möglicherweise auch eine europäische Idee schwer, sich zu entfalten. Nicht die europakritische Haltung ist problematisch. Problematisch ist, dass europakritische Haltungen in das ideologische und rhetorische Umfeld aggressiver Ablehnung des Fremden eingemischt werden.

Konstruktive Konfliktarbeit ist in einer solchen Situation der einzig demokratiefähige Ausweg. Diese Kommunikationsform aber ist uns noch nicht wirklich geläufig. Sie ist, wenn man sich des österreichischen Klischees zur Argumentation bedienen darf, nicht typisch für die politische Kultur in Österreich. Die transkulturelle Herausforderung macht sich auch hier bemerkbar. Im Umgang mit Nachbarn, die nicht mehr in einem Nebenhaus leben, sondern mit denen man im gemeinsamen Haus lebt, braucht es ein höheres Maß an Empathie. Von diesem profitieren nicht nur die anderen, sondern auch die einen.

ANMERKUNGEN / LITERATURHINWEISE

- (1) NOVAK, Andreas: Verdrängte Schuld. ORF-Produktion 1999
- (2) Vgl. FEICHTKBAUER, Hubert: Keine Familie ohne Wunde. In: Die Presse / Spectrum, 30.9.2000
- (3) Vgl. zuletzt PERGER, Werner A.: Auf in den Bürgerkrieg!
In: Die Zeit vom 14.9.2000,S. 3.
- (4) Die Botschaft, Kurt Waldheim hätte in seiner Biografie die Beteiligung an Erschießungen während des 2. Weltkriegs in Griechenland verschwiegen, löste heftige Proteste gegen seine Wahl im Ausland aus. Die ÖVP regierte mit einer „Jetzt-erst-recht“ - Wahlkampfstrategie und siegte.
- (5) SAFRANSKI, Rüdiger: Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit. München (Hanser)1994
- (6) DENZ, H. u.a.: Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1999-2000. Wien 2000
- (7) Eurobarometer 53/ spring 2000. In:
[http:// europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html](http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html)